

Wer sich zuerst bewegt, gewinnt



VON DAGMAR DEHMER

Der neue deutsche Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) ist sich sicher, dass der Klimaschutz für die deutsche Wirtschaft eine Strategie zur „Modernisierung“ und zur „Innovation“ ist. Röttgen ist überzeugt, dass sich der Wohlstand in Deutschland nur durch eine konsequente Klimapolitik erhalten lässt. Der Markt für Umwelttechnologien ist aus Sicht des Siemens-Chefs Peter Löscher ein, dass es dabei auch Verlierer geben werde. Die will er mit seinem Klimadialog zwischen der Wirtschaft und der Politik in den Monaten nach dem Kopenhagener Klimagipfel gewinnen, kündigte er am Freitag in Berlin an.

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie Röttgen und Löscher ist eine Autorengruppe um Ottmar Edenhofer mit ihrer jüngst vorgelegten Studie Recipe gekommen. Der Chefökonom des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Professor an der Technischen Universität in Berlin für die Ökonomie des Klimawandels hat im Auftrag der Umweltstiftung WWF und des Versicherungskonzerns Allianz eine Studie über die Kosten einer Dekarbonisierung Europas vorgelegt. Die Recipe-Studie (Report on Energy and Climate Policy in Europe) kommt zu dem Schluss, dass Europa selbst dann einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber anderen Regionen hätte, wenn der Kontinent sich zunächst allein anspruchsvolle Klimaschutzziele setzt. Doch diese Vorteile des Vorreiters würden sich mit den Jahren ins Gegenteil

Für die europäische Wirtschaft ist die Vorreiterrolle im Klimaschutz eine Chance zur Modernisierung. Die Vorteile schwinden aber, wenn es in Kopenhagen kein Abkommen gibt

wenden, wenn es nicht gelingt, einen internationalen Rahmen für den globalen Klimaschutz zu finden.

Wie schon 2006 der Stern-Report über die Kosten des Klimawandels haben auch die Recipe-Autoren errechnet, dass „umfassendes frühzeitiges Handeln deutlich weniger kostet als Abwarten“. Die Kosten für eine Dekarbonisierung Europas lägen in etwa auf einem Niveau, das bedeuten würde, dass der „konventionell“ erreichte Wohlstand des Jahres 2050 ein Jahr später erreicht würde. Die Kosten sind also ziemlich überschaubar. Der Grund: Es wird gar nicht erst in die alten kohlenstoffreichen Strukturen investiert. In Europa steht die Modernisierung eines alten Kohlekraftwerksparks zur Stromerzeugung an. Würde statt in neue Kohlekraftwerke gleich in erneuerbare Energien investiert, könnte das die Kosten für den Umbau des Energiesystems dramatisch drücken. Denn Großkraftwerke binden das Geld ihrer Investoren rund 40 Jahre. Käme es dann in einigen Jahren wegen der offensichtlichen Klimafolgen doch noch zu einem Abkommen, das drastische Einschnitte beim Treibhausgasausstoß verlangt, müsste viel Geld für den Abbau dieser Fehlinvestitionen aufgebracht werden. Ähnliches gilt aber auch für Schwellen- oder Entwicklungsländer, die noch am Anfang des Aufbaus eines Energiesystems stehen. In In-

dien beispielsweise stehen noch etwa 80 Prozent der gewünschten Energieinfrastruktur gar nicht zur Verfügung. Der Kraftwerkspark mit einer Leistung von derzeit 150 Gigawatt soll bis 2030 auf 600 bis 700 Gigawatt anwachsen. Bis heute verfügen etwa 650 Millionen Menschen nicht über eine saubere Energieversorgung. Wird dieses Geld gleich in erneuerbare Energien wie Sonne, Wind, Erdwärme oder nachhaltige Biomasse investiert, könnte das Emissionswachstum Indiens dramatisch niedriger ausfallen als derzeit vorhergesagt.

Das wichtigste Instrument, um die Investitionen in eine kohlenstoffarme Richtung zu lenken, ist aus Sicht von Ottmar Edenhofer der Emissionshandel. Derzeit entstehen in verschiedenen Weltregionen eigene Handelssysteme. Das etablierteste existiert seit 2005 in der Europäischen Union. Edenhofer setzt darauf, dass diese Handelssysteme schnell miteinander verknüpft werden. Denn damit das Marktversagen, das bisher einen wirksamen Klimaschutz verhindert hat, weltweit überwunden wird, braucht es schon mittelfristig einen global ermittelten Preis für Kohlendioxid (CO₂).

Das PIK hat aber auch errechnet, dass bis 2050 weltweit nur noch ein CO₂-Budget von etwa 750 Milliarden Tonnen zur Verfügung steht, wenn zumindest mit einer Zweidrittel-Wahrscheinlichkeit das

Ziel erreicht werden soll, die globale Erwärmung bei zwei Grad über dem Vorindustrielleniveau zu stoppen. Um eine halbwegs gerechte Verwaltung dieses Budgets zu ermöglichen, hofft Edenhofer, dass sich der Klimagipfel in Kopenhagen darauf einigen kann, verbindliche langfristige Kohlenstoffbudgets an die Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention auszugeben. Allerdings weiß er auch, dass ein solcher Ansatz so weit von der derzeit verhandelten Vertragsarchitektur entfernt ist, dass ein solches Ergebnis eher unwahrscheinlich ist. Allerdings wird es, je länger die Industrie- und Schwellenländer mit der Reduktion ihrer Emissionen warten, immer schwieriger, die Welt in einem Zwei-Grad-Limit zu halten. „Das Zeitfenster zum Handeln wird schnell kleiner und schließt sich nach 2020 ganz“, heißt es in der Zusammenfassung der Studie von WWF und Allianz.

Dass die Lage ernst ist, daran lässt auch Umweltminister Röttgen keinen Zweifel. Es gehe darum, „die Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren und zu retten“, sagte er am Freitag in Berlin. Deshalb habe sich die Regierung unterstützt vom Bundestag nun auch entschieden, das deutsche Klimaschutzziel bis 2020 – minus 40 Prozent Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 – nun unkontingiert anzubieten, also es nicht mehr davon abhängig zu machen, ob andere Industriestaaten mitziehen.

Bis 2050 bedeute konsequenter Klimaschutz für Deutschland, dass die Energieerzeugung, die Wärmeversorgung, die Industrieproduktion und der Transport ihren Treibhausgasausstoß um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 senken müssten. Deutschland wäre also annähernd kohlenstofffrei. „Die Konservierung alter Strukturen ist keine Wohlstandstrategie“, sagte Röttgen weiter.

In der Rhetorik sind sich Röttgen und der amerikanische Präsident Barack Obama ziemlich nahe gekommen. Obama hatte das amerikanische Konjunkturpaket, das große Summen für die Förderung erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien vorsah, ziemlich genauso begründet wie



Ottmar Edenhofer setzt auf den Handel mit Emissionen

Röttgen nun seine Klimaschutzstrategie. Allerdings sieht es nicht so aus, als hätte Obama mit diesen Argumenten bereits die notwendige Unterstützung in den USA gewonnen. Im Senat hängt derzeit ein für amerikanische Verhältnisse durchaus ambitioniertes Klimaschutzgesetz fest, weil es noch an der nötigen Mehrheit dafür fehlt. Dabei will Obama den Treibhausgasausstoß der USA zunächst bis 2020 lediglich um etwa vier Prozent gegenüber 1990 senken. Doch weil in den vergangenen zehn Jahren die Emissionen ständig gestiegen sind, erfordert selbst das schon große Anstrengungen, zu denen offenbar viele Senatoren mit Blick auf ihre Wahlkreise – noch – nicht bereit sind.